

An die  
hessischen Mitglieder des  
Deutschen Bundestages

24.03.2016

## **Klimaschutzplan 2050 – Gemeinsame Ziele brauchen einen gemeinsamen Weg**

Anrede,

die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie Hessen-Thüringen, die Industriegewerkschaft Metall im Bezirk Mitte und die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände begrüßen die Ergebnisse des Weltklimagipfels von Paris.

Ziel des Abkommens ist es, die globale Klimaerwärmung auf unter zwei Grad zu senken. Die Unterzeichner dieses Briefes unterstützen dieses Ziel, wohl wissend, dass diese Herausforderung nur weltweit zu meistern ist und dass es großer Anstrengungen in allen Unterzeichnerländern und eines besonders verantwortlichen Handelns gerade hier in Deutschland bedarf.

Insbesondere am hoch entwickelten Industriestandort Deutschland mit einer bereits weit fortgeschrittenen, aber längst noch nicht gemeisterten Energiewende sind die Herausforderungen enorm.

Die Wirtschaft des Jahres 2050 wird in vielen Bereichen völlig anders aussehen als heute. Das wissen wir, und diese Herausforderung nehmen wir im Rahmen unserer Verantwortung als Sozialpartner an.

Diese Verantwortung erwarten wir jedoch auch von der Politik. Der anstehende Umbau ist nur in einem engen Dialog, mit gemeinsamen Strategien und unter ständiger gemeinsamer Gestaltung der Rahmenbedingungen zu meistern. Allein durch eine Vorgabe mehr oder weniger leistbarer Sollzahlen ist ein solcher Prozess nicht, und schon gar nicht wirtschafts- und sozialverträglich zu gestalten.

Es ist das Vorrecht und die Aufgabe der Politik, solche Rahmenbedingungen festzulegen, es ist aber auch ihre Pflicht, die betroffenen Unternehmen und Beschäftigten nicht bei der Bewältigung der Folgen alleine zu lassen.

Der Dialogprozess zum Klimaschutzplan 2050, den das Bundesumweltministerium derzeit durchführt, behandelt Fragen von großer volkswirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Tragweite. Wir empfinden es als fragwürdig, dass diese Diskussion nicht im Parlament geführt, sondern in einem intransparenten Prozess von der Exekutive vorangetrieben wird.

Wir haben die Sorge, dass der kommende Strukturwandel so einseitig auf den Rücken der Unternehmen und Beschäftigten erfolgen könnte und am Ende eine Schwächung des Industriestandorts und der Verlust von Industriearbeitsplätzen stehen.

Wir bitten Sie deshalb, Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen, damit der Strukturwandel gemeinsam von Politik und Wirtschaft getragen und gestaltet werden kann. Beispielhaft seien die folgenden Themen aus den Vorschlägen für einen Klimaschutzplan 2050 des Bundes benannt, die großen Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben und deren Umsetzung nur in einem intensiven Dialog mit der Wirtschaft sozialverträglich und zukunftsorientiert erfolgen kann. Hierzu ergeben sich viele Fragen:

#### **KSP-E-07a bis f: Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke**

Ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland erhöht den Druck auf Strompreise und Versorgungssicherheit. Wie soll die Umsetzung gelingen, ohne die Rahmenbedingungen vor allem energieintensiver Industrien weiter zu verschlechtern?

#### **KSP-E-10 a und b: Reform des EU-Emissionshandels und Gestaltung in der 4. Handelsperiode**

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich im Oktober 2014 auf eine jährliche Absenkung der CO<sub>2</sub>-Obergrenze um 2,2 Prozent verständigt. Das bedeutet eine Reduktion von 43 Prozent im Zeitraum von 2005 bis 2030. Diese europäischen Ziele sind bereits sehr ambitioniert. Wie soll eine nochmalige Verschärfung zur Erreichung der Ziele des Weltklimavertrages erfolgen, ohne eine weitere Belastung des Industriestandortes Deutschland darzustellen?

#### **KSP-E-15: Demokratisierung durch Dezentralisierung der Energiewirtschaft**

Die deutsche Energiewirtschaft weist schon heute ein breites Spektrum an Marktteilnehmern auf – von Großkonzernen über Stadtwerke und Energiegenossenschaften bis hin zu Betreibern einzelner Kleinanlagen. Die Politik sollte sich für fairen Wettbewerb einsetzen und keine bestimmten Unternehmenstypen bevorzugen oder benachteiligen. Es wird weitere Strukturveränderungen geben. Wie sollen diese erfolgen, ohne die zuverlässige und finanzierbare Versorgung gerade von Industriebetrieben zu riskieren?

### **KSP-IGHD-12: Einführung einer Klimaabgabe**

Durch die hohen Strompreise gerät der Standort Deutschland schon heute in einigen Branchen unter großen Druck. Wie wollen wir klimafreundliches Handeln fördern, ohne im internationalen Vergleich überdurchschnittlich klimafreundlich agierende Unternehmen aus Deutschland zu vertreiben?

### **KSP-IGHD-13: Abschaffung von Sonderrabatten und Subventionen für gewerbliche Energieverbraucher**

Für Sonderregelungen gab es in der Vergangenheit gute Gründe. Nur so konnten einige Branchen dem Globalisierungsdruck am Standort Deutschland standhalten. Wie können diese Branchen am Standort Deutschland auch in Zukunft eine – klimafreundliche – Zukunft haben? Dazu bedarf es kluger Überlegungen statt pauschaler Streichungen.

### **KSP-G-02: Hochwertige Verwendung und Verwertung von Stoffen, Bauteilen und Baugruppen, Einsatz nachhaltiger Baustoffe // KSP-G-04: Angleichung der Standards für Neubauten an die Erfordernisse des Klimaschutzes**

Sieht die Politik nicht die wirtschaftlichen Nachteile immer höherer Standards? Die Politik sollte alles unterlassen, was Bauen weiter verteuert und die Mietpreise weiter in die Höhe treibt. Die sozialen Folgen überbordender Bauvorschriften sollten stärker beachtet werden.

### **KSP-G-03: Vollzug stärken zur Einhaltung gesetzlicher Standards bei der energetischen Sanierung**

Energetische Sanierungen können sich positiv auf das Klima auswirken. Das können sie jedoch nicht, wenn sie wegen zu hoher Auflagen gar nicht erst erfolgen. Wie balancieren wir Anreize und Anforderungen so aus, dass das Klima gewinnt?

### **KSP-G-06a: Einführung einer Nutzungspflicht für Erneuerbare Energien zur Wärmebereitstellung im Gebäudebestand**

Über 80 Prozent der in Deutschland verbauten Heizungsanlagen werden mit Öl oder Gas betrieben. Gerade in der Fläche ist Öl - mangels eines Gasnetzanschlusses - oftmals die einzige wirtschaftliche Möglichkeit, Heizsysteme zu betreiben. Hier können langfristigen Strukturänderungen nicht per Beschluss bewirkt, sondern müssen klug geplant und mit den wirtschaftlichen Akteuren gemeinsam nachhaltig gestaltet werden. Wie kann das gelingen?

### **KSP-V-05: Anpassung Besteuerung Flugverkehr**

Wie können diese Ziele umgesetzt werden, ohne z.B. der Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Frankfurt zu schaden, die ohnehin schon unter der Luftverkehrsteuer leidet?

Grundsätzlich sollte bei der Diskussion um Klimaschutzpläne stets beachtet werden, dass der Erhalt einer starken Wirtschaft inklusive einer starken Industrie entscheidend ist für die ökologische Wirkung deutscher Klimapolitik. Führt Klimaschutz in Deutschland und Hessen zu stabilem Wohlstand, wird er akzeptiert und zum Exportschlager. Schwächt er jedoch unsere industrielle Basis und zieht er Arbeitslosigkeit nach sich, wird er weltweit zum abschreckenden Beispiel.

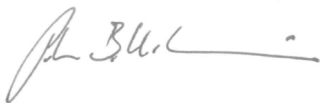
Bislang erleben wir, insbesondere im vorliegenden Entwurf des Klimaschutzplans 2050, hohe Ziele und eine hohe Regelungsdichte, aber keine Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen der Wirtschaft. So aber können wir die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, kaum gemeinsam meistern.

Die Unternehmen und Gewerkschaften in Hessen wollen den Klimaschutz. Sie wollen ihn mitgestalten und nicht in die Rolle gedrängt werden, ihn bekämpfen zu müssen, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten.

Wir bitten Sie deshalb: Machen Sie sich stark für eine Klimapolitik, die die Wirtschaft (und damit die Grundlage unseres Wohlstandes) als Akteur aktiv einbezieht, die uns gemeinsam eine Perspektive für eine zukunftsfähige, klimafreundliche und leistungsstarke Industrie in Hessen und Deutschland entwickeln und realisieren lässt.

Eine Kopie dieses Schreibens senden wir an Herrn Ministerpräsident Bouffier, Frau Staatsministerin Puttrich, Frau Staatsministerin Hinz, Herrn Staatsminister Al-Wazir und an die Vorsitzenden der Fraktionen im Hessischen Landtag.

Mit besten Grüßen



Peter Bartholomäus  
Vorsitzender  
VhU-Energieausschuss  
Vorsitzender der  
Geschäftsleitung der  
InfraServ GmbH & Co.  
Wiesbaden KG



Jörg Köhlinger  
Bezirksleiter  
IG Metall Bezirk Mitte  
(zuständig für Hessen,  
Rheinland-Pfalz,  
das Saarland und  
Thüringen)



Volker Weber  
Vorsitzender  
IG BCE-Landesbezirk  
Hessen-Thüringen

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Hessen-Thüringen  
Mainzer Str. 81, 65189 Wiesbaden

Industriegewerkschaft Metall im Bezirk Mitte  
Wilhelm-Leuschner-Straße 93, 60329 Frankfurt am Main

Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände  
Emil-von-Behring-Str. 4, 60439 Frankfurt am Main